

**PRESSEMITTEILUNG**PRESSESPRECHER  
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Finanzpolitik

**Rainer Wiegard erhält die verlangten Informationen über den Haushaltsvollzug: Warum nicht gleich so?**

„Na also. Es geht doch. Warum erst Verweigerung und Geheimniskrämerei?“ Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Rainer Wiegard, MdL, ist zufrieden mit seiner ‚Aktion 186‘. Wiegard hatte in der vergangenen Woche mit 186 Kleinen Anfragen die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben jeder einzelnen Haushaltsgruppe erfragt, nachdem sowohl die Landesregierung als auch die Regierungsmehrheit im Parlament einen Antrag Wiegards (Drs. 15/3770) abgelehnt hatte, einen entsprechenden Bericht zu geben.

Inzwischen hat die Landesregierung zugesichert, die verlangten Auskünfte zeitgerecht zu erteilen. Nach dieser Zusicherung wandelte Rainer Wiegard seine 186 Kleinen Anfragen in eine Anfrage um. „Ich will ja Bürokratie abbauen und nicht ausweiten. Aber manchmal muss man eben auch zu ungewöhnlichen Mitteln greifen, um seine Ziele zu erreichen“, sagte Wiegard. Die Landesregierung hat nun bis zum 13. Dezember 2004 Zeit, die verlangten Auskünfte zu geben. Auch das, so Wiegard, sei zwar wieder so ein Spielchen, denn die Gruppierungsübersicht kann jederzeit auf Knopfdruck erstellt werden. Besondere Vorarbeiten seien dazu nicht nötig.

Es war für ihn ein ungewöhnliches Mittel, sagte Wiegard, der in der gesamten Wahlperiode lediglich neun Kleine Anfragen gestellt hatte. „Aber diese Geheimniskrämerei der Landesregierung und der rot-grünen Landtagsmehrheit im Zusammenhang mit dem Haushalt ist derart auffallend, lässt Schlimmes vermuten und zwingt zu ungewöhnlichen Maßnahmen.“ Insbesondere, so Wiegard, weil der letzte Bericht zum 30. Juni nicht gerade erfreulich war.

Tatsächlich hatte sich nicht nur die Landesregierung geweigert, in der Novembersitzung des Landtages im Zusammenhang mit der Steuerschätzung auch über den aktuellen Haushaltsvollzug des Jahres zu berichten. Die rot-grüne Landtagsmehrheit hatte sogar einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt. Für Wiegard ein völlig unverständliches Verhalten. Denn das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Und üblicherweise erhält das Parlament nach der Sommerpause sogar monatlich einen umfassenden Bericht über den Haushaltsvollzug.

„Dass Rot-Grün es ablehnt, über den aktuellen Stand der Einnahmen und Ausgaben von der Landesregierung informiert zu werden, offenbart nicht nur ein merkwürdiges Parlamentsverständnis“, sagte Wiegard. Es sei vergleichbar mit dem typischen Verhalten überschuldeter Menschen, die Briefe nicht öffneten, um keine unangenehmen Nachrichten erfahren zu müssen.